Morgen-Ausgabe

225 Jahre

Nummer 64 a

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen. 1928

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M., bei 2maliger Zustellung 2.50 G.-M., ausschließlich Zustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt unterbindet den Verlag von Schadenersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 25. des Vormonats angenommen.

Halle-Saale

Donnerstag, 15. März 1928

Anzeigenpreis: Die 30gespaltene 26 mm breite Millimeterzeile 35 Pfg. Kleine Anzeigen 8 Pfg. Familien-Anzeigen 6 Pfg. Stellengesuche 6 Pfg. Die 4gespaltene 90 mm breite Reklame-Millimeterzeile 70 Pfg. Rabatte nach Tarif. Erfüllungsort für alle Sachen Halle (Saale). Für Platzvorschriften und telephonisch übermittelte Inserate übernehmen wir keine Garantie.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 27 801 abends von 6 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25 610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290 Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag u. Druck von Otto Lüble, Halle-Saale

Muß Admiral Zenker gehen?

Die Auswirkung der Groenerschen Desavouierung

Es werden bereits die ersten Namen genannt

ka. Berlin, 14. März.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Das Ullstein-Mittagsblatt weist heute auf das in parlamentarischen und politischen Kreisen herumlaufende Gerücht hin, daß über kurz oder lang ein Wechsel in der Marineleitung bevorstehe. Es sei allgemein aufgefallen, daß der Reichswehrminister Dr. Gröner in seiner Rede vor dem Ausschuß mit starker Betonung davon gesprochen habe, daß er es nicht billigen könne, daß irgendein Vorgesetzter einem Untergebenen so weitgehende Vollmachten gebe, wie sie Kapitän Lohmann vom Chef der Marineleitung erhalten habe.

Die eigentliche Blanco-Vollmacht ist zwar im Jahre 1923 von dem damaligen Chef der Marineleitung, Admiral Behnke, erteilt worden, doch herrschten damals durchaus anormale Zustände, und so war diese Erweiterung des Aufgabenkreises eines Untergebenen auch in demokratischen Augen durchaus berechtigt. Bei Eintritt normaler Zeiten hätte aber hier Wandel geschaffen werden müssen, und da Kapitän Lohmann zur Verfügung des Chefs der Marineleitung kommandiert war, so liegt auch die letzte Verantwortung bei seinem unmittelbaren Vorgesetzten. Die Frage eines Rücktritts des Admirals Zenker, der sich, wie mit aller Entschiedenheit betont werden muß, ganz hervorragende Verdienste um die Marine erworben hat, wird damit über kurz oder lang akut. Es ist gewiß noch zu früh, irgendwelche Kombinationen über seine Nachfolgerschaft anzustellen, doch seien die Namen des Admirals Dr. h. c. Raeder, der gegenwärtig Stationschef in Kiel ist, sowie des Admirals Olbertkopp, der sich bei Skapa Flow besondere Verdienste erwarb, als in Betracht kommend genannt.

Wenn das Panzerschiff vor einigen Jahren von der Marineleitung zurückgestellt worden ist, und wenn bereits bewilligte Torpedoboote gebaut worden sind, so beweist das, daß die Marineleitung nicht bauen will, lediglich um den Vertrag von Versailles auszuschöpfen, sondern nur wenn ein Kraftzuwachs für die Seestreitkräfte zu erwarten ist. Der entscheidende Punkt ist in folgender Frage zu sehen: Bedeutet eine im Rahmen des Versailler Vertrages modernisierte Flotte für das Landheer einen Zuwachs an Macht oder nicht? Nach sehr reiflicher Ueberlegung mußte ich diese Frage mit Ja beantworten. Unsere kleine Wehrmacht kommt für Operationen, wie wir sie in der Vergangenheit kennen gelernt haben, gar nicht in Betracht. Sie kommt in Betracht nur für die Abwehr von Grenzüberfällen, für die Aufrechterhaltung unserer Neutralität und für die Aufrechterhaltung der Ordnung bei politischen Krisen.

Wenn etwa Ostpreußen und Oberschlesien zu gleicher Zeit überfallen werden, so werden z. B. die verfügbaren Landkräfte zum Schutze Schlesiens eingesetzt. Für den Schutz Ostpreußens bleibt nur der Seeweg. Insofern können also die Seestreitkräfte wesentlich beitragen

zur Erhaltung Ostpreußens.

Wenn es Heer und Flotte auch nur gelingt, die Grenzen zu schützen, bis das sogenannte Wel'gewissen sich regt, so würden beide ihren Zweck voll erfüllt haben. Ist deutsches Gebiet erst verloren gegangen, dann ist es sehr schwer wieder zu erringen. Die Schutzlosigkeit der Grenzen ist ein Anreiz für unruhige Geister. Durch wirtschaftliche Maßnahmen kann wohl der wirtschaftliche Druck der auf Ostpreußen lastet, gemildert werden; ich vermag aber nicht einzusehen, wie die Sicherheit Ostpreußens dadurch irgendwie gewinnen könnte. Diese Auffassung hat mit Militarismus nicht das mindeste zu tun.

Ich bekenne mich, wie die Mehrzahl der Kriegsteilnehmer, zu einem gesundenundvernünftigen Pazifismus, allerdings nicht zu einem Pazifismus, der aus einer Knechtschaftsgesinnung entspringt.

Der Minister betont dann, daß sich an seiner Auffassung über die Flottenpolitik vor dem Kriege auch nach der Kritik in der Presse nichts geändert habe. Heute bedeute aber eine Vernachlässigung unserer Seestreitkräfte keine Kanone mehr für das Landheer. Unsere kleine Wehrmacht muß

das Beste vom Besten

sein in bezug auf Ausbildung und Bewaffnung im Rahmen der gegebenen Grenzen. Ich danke meinem Amtsvorgänger und dem ersten Chef der Heeresleitung für ihre Leistungen auf diesem Gebiete. Auch die Versorgung nach Ablauf der Dienstzeit gehört dazu.

Die Erhaltung und innere Entwicklung unserer kleinen Wehrmacht gehört zweifellos zu den absoluten Lebensnotwendigkeiten unseres Staates. Deshalb bitte ich, den Wehretat in der geforderten Höhe anzunehmen.

Von der politischen Haltung der Reichswehr hängt die Einstellung des Parlaments zur Reichswehr und ihr Ansehen in der Bevölkerung ab. Die deutsche Reichswehr soll bei der ganzen Bevölkerung in höchstem Ansehen stehen, nicht, weil sie etwa kriegerische Lorbeeren ernten möchte, sondern weil wir den dringenden Wunsch haben, daß sie nur dem Frieden diene.

Die Notwendigkeit des Landesschutzes

Etatsrede des Reichswehrministers im Reichstag — Kein großer Redner

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 14. März.

Der Reichstag hat heute mit der Beratung des Reichswehretats begonnen, also plannäßig seine Arbeit fortgesetzt. Dabei hat der Reichswehrminister Groener eine längere Rede gehalten, in der er im Grunde nur das wiederholte, was er in den Ausschußberatungen schon im einzelnen ausgeführt hat. Groener mag ein sehr guter Soldat gewesen sein — ein guter Redner ist er nicht, was ihm aber weiter nicht nachgetragen werden soll. Zu Anfang seiner Rede wies er auf ein Wort des deutschnationalen Abgeordneten Treviranus hin, das dieser im Ausschuß gesprochen hat. Ein Wort, das allerdings eines jener Worte ist, die ins Schwarze treffen. Wie kann man unsere Lage besser charakterisieren, wie kann die Notwendigkeit des Landesschutzes besser klargemacht werden als durch dieses Wort vom „bewaffneten Pazifismus", der uns obliegt. Was will denn das nationale Deutschland anders? Was will es anders als Selbstbehauptung und den notwendigen Raum zum Leben? Man könnte fragen, ob das Deutschland vor dem Weltkrieg nicht genau dasselbe gewollt habe und man kann darauf nur die Antwort geben, daß dem so war und daß es nichts als eine elende Verleumdung ist, wenn behauptet wird, daß wir, daß der Kaiser, der sich selbst mit Stolz den Friedenskaiser nannte, zum Kriege getrieben haben. Darum, eben darum ist ja der Kampf um die Kriegsschuldlüge so ungeheuer wichtig.

Will man Groeners Rede kurz charakterisieren, so muß man sagen, daß er den aussichtslosen Versuch unternahm, den Demokraten und Sozialdmokraten diese Erkenntnis wenigstens irgendwie nahezubringen, ihnen halbwegs klar zu machen, warum Deutschland und das deutsche Volk diese parlachen Möglichkeiten, die das Versailler Diktat gelassen hat, bis zur letzten Grenze ausschöpfen müssen. Sie fassen es nicht und sie werden es nie begreifen. Man braucht nur an die letzte Rede des Ministerpräsidenten Braun im Preußischen Landtag zu denken, um jede Hoffnung fahren zu lassen. Schließlich ist es aber doch so, daß wir einfach nicht anders leben können, daß wir zerdrückt werden und zusammengepreßt in einer noch viel schlimmeren Presse, als es bei Versailler Diktat ohnedies schon ist, wenn wir uns nicht zu diesem „bewaffneten Pazifismus" bekennen und auch die ihm innewohnende moralische Idee in uns lebendig sein lassen und lebendig erhalten. Auf Einzelheiten der Rede Groeners einzugehen, dafür fehlt hier der Raum. Es sei nur auf die gerade von diesem als „demokratisch" gepriesenen General so scharf gegebene Zurückweisung der Ausführungen Brauns verwiesen, auf seine durchschlagende Verteidigung des Panzerschiffbaues um des Schutzes Ostpreußens und um des Schutzes Oberschlesiens willen und auf sein heiliges Versprechen, die deutsche Wehrmacht, Reichswehr wie Marine, aus dem politischen Tagesstreit herauszuziehen, den Staatsgedanken in ihr zu erhalten und alles zu tun, damit sie das bleibt, was sie ist, eine Schutztruppe von wackeren Soldaten.

*

Bei der Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums leitete Reichswehrminister Groener heute im Reichstage die Aussprache über den Etat ein. Der Minister betont, daß Heer und Marine eine Einheit darstellen. Die Notwendigkeit des Landesschutzes habe bei allen für die Mitarbeit in Betracht kommenden Parteien

volles Einverständnis

gefunden. Der Landesschutz könne nicht Sache einer Partei, sondern nur des ganzen Volkes sein. Ueber den Umfang des Landesschutzes haben die verfassungsmäßigen Gewalten zu bestimmen. Gegenüber einer Rede des preußischen Ministerpräsidenten stellt der Minister fest, daß er die Ueberordnung der militärischen über die politischen Gesichtspunkte ablehne. Die Forderung des Panzerschiffes sei keine Vorlage des Reichswehrministeriums, sondern der Gesamtregierung. In der staatsrechtlichen Beurteilung gehe er durchaus einig mit dem preußischen Ministerpräsidenten. Er könne aber nicht einsehen, daß die Ansicht der preußischen Regierung in der Frage des Panzerschiffes irgendwie entscheidend sein sollte. Der Minister betonte: Für den Reichswehrminister ist bei der Vertretung einer Regierungsvorlage allein maßgebend

die Auffassung der Reichsregierung.

Der preußische Ministerpräsident hat im Landtag ausgeführt, daß die Ansichten der militärischen Sachverständigen sich in den letzten zwei Jahren geändert hätten. Das wäre an sich bei der Entwicklung der Technik nichts Merkwürdiges. Inzwischen hat eine intensive Arbeit der Konstrukteure und Techniker stattgefunden. Es ist gelungen, eine gute Konstruktion für das Zehntausendtonnenschiff zu finden. Es besteht gar kein Zweifel, daß der Erfolg dieser neuen Konstruktion auch eintreten wird.

„Ein Minister gegen die deutsche Bildung"

Eine kleine Abrechnung mit dem preußischen Kultusminister

Berlin, 14. März.

Im Preußischen Landtag hat heute Kultusminister Dr. Becker beteuert, daß er als Minister des heiligen Gut unserer deutschen Bildung vor einseitiger Vergewaltigung geschützt habe. Darüber ist das Staunen groß. Andere Leute sind der Meinung, daß der neupreußische Kultusminister sich nicht so sehr mit der deutschen Bildung beschäftigt als vielmehr mit der parteipolitischen Umformung des Bildungswesens. Wie kann Herr Dr. Becker sagen, daß er als Kultusminister keine Politik des Kampfes, sondern nur eine Politik der Versöhnung führe! Das läßt fast den Schluß zu, als ob auch dieser demokratische Minister ähnlich wie Dr. Reinhold Erlasse und Verfügungen unterschreibt, deren bedeutungsvolle Zusammenhang er nicht kennt oder kennen will.

Ist es denn eine Politik der Versöhnung, wenn Dr. Becker an Hochschullehrer von Rang und Ansehen Briefe schreiben läßt, in denen er seiner Mißbilligung Ausdruck gibt, in stilistischen Wendungen, die auch aus einem Exerzierreglement entlehnt sein können. Ist das etwa die Neufassung des Verhältnisses von Autorität und Freiheit, von dem Dr. Becker in seiner Rede behauptet, daß er der Umwertung der geistigen Werte den Stempel aufdrücke? Ist es für das deutsche Bildungsgut erträglich, daß der Kultusminister das Verständnis für den neuen Staat den Erziehern der deutschen Jugend durch Anwendung von Disziplinarmitteln oder durch Prügel auf den Magen beizubringen sucht? So hat ein Breslauer Hochschulprofessor von dem verfassungsmäßigen Recht des deutschen Reichsbürgers, seine Meinung in Wort und Schrift frei äußern zu dürfen, Gebrauch gemacht. Preußen ist doch heute der Hort der freien Geister! In der Betrachtung des Breslauer Hochschulprofessors ist die Novemberumwälzung sowie das, was sich unmittelbar aus ihr entwickelt hat, aus Gründen der geschichtlichen Wahrheit nicht gerade glimpflich weggekommen. Daran wird sich wohl auch in Zukunft nichts ändern. Je größer die zeitliche Entfernung wird, die uns von dieser Staatsumwälzung trennt, desto klarer und deutlicher tritt hervor, daß wir Herrliches und Großes verloren haben, ohne Gleichwertiges dafür einzutauschen.

Es ist deshalb auch gar kein Vergleich, daß es unter der preußischen Monarchie einem Hochschulprofessor nicht hätte einfallen können oder dürfen, die Autorität des Staates und der Krone kritisch herabzusetzen, ohne von der Regierung aus dem Amte gejagt zu werden. Es entspricht durchaus der Höhenlage unserer nationalen Bildung, von der Dr. Becker im Landtag so feierlich geredet hat, daß sie das Königstum für die Staatsform schlechthin ansieht, für die es in Deutschland keinen Ersatz gibt. Am allerwenigsten in der parlamentarischen Demokratie, so wie sie sich im Preußen-Deutschland entwickelt hat, mit der Nutzanwendung für die Parlamentarische Korruption. Mit der Vergiftung und der Verderbnis des Staates durch parteipolitischen Aemterschacher. Herr Dr. Becker war selbst einmal Hochschulprofessor. Er muß also doch Ver-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192803151-11/fragment/page=0001

ständnis dafür haben, was wissenschaftliches Verantwortungsgefühl ist, vielleicht auch dafür, daß nur dies Verantwortungsgefühl eine echte Ueberzeugung haben kann.

Es gehört doch wohl schon eine besondere Veranlagung dazu, wie der Bruder Scherenschleifer im Märchen sein Mäntelchen nach dem Wind zu hängen. Das ist ja der grundsätzliche Unterschied zwischen einem Bekenntnis zu der monarchischen Staatsform oder einer parlamentarisch regierten Republik, die von sich fälschlicherweise aufsagt, jedermann dürfe in ihr frei seine Meinung in Wort und Schrift äußern. Nun dann sollen alle Wahrheitsfanatiker nach Preußen gehen. Wie soll ein Geschlecht aufrechter Männer heranwachsen können, wenn die Erziehungsmethoden des Staates so beschaffen sind, wie sie der Kultusminister Dr. Becker in seinem Brief an Professor Helfritz so anschaulich zur Darstellung gebracht hat.

Vergessen wir doch nicht, daß in einer parlamentarischen Demokratie nichts beständiger ist als der Wechsel der Regierung. Staatsgesinnung kann dadurch nicht erzeugt und gefördert werden, daß die jeweilige politische Auffassung eines doch nur zufälligen Kabinetts als richtungsgebend und unabänderlich bezeichnet werden. Die Republik sollte froh sein, daß es noch Männer gibt, die den Mut zur Wahrheit haben. Wird dieser Mut gewaltsam unterdrückt, so wird es im öffentlichen Leben wohl ein republikanisches Bekenntnis geben, aber keine republikanische Staatsgesinnung und vor allem keine Ueberzeugung, die ein Staat viel notwendiger zum Leben braucht als gewisse Symbole, wie Flaggen und Farben.

Dr. Becker hat seine Rede mit dem Satz geschlossen: Nichts Gewaltigeres lebt als der Mensch. Das ist mehr Sehnsuchtsschrei als Bekenntnis. Wenn er sich in seiner nächsten Nachbarschaft umsieht, wird er wohl zu der Erkenntnis gelangen, daß wir Männer im Staate brauchen. Herr Dr. Becker soll sich darüber nicht täuschen: Der größte und beste Teil des preußischen Volkes geht nicht mit ihm, weil er fühlt, daß die republikanische Beckmesserei seinem inneriten Wesen widerspricht. Herr Dr. Becker ist ein Minister gegen die deutsche Bildung. Das republikanische Lippenbekenntnis ist keine Bildung, ist auch keine feine Mannestat. Einfache Klugheit müßte dem Minister sagen, daß er durch Briefe wie sie Professor Helfritz und andere Männer von hohem geistigem Rang erhalten haben keine Republikaner erzieht. Es genügt ja zu wissen, daß im neuen Preußen der Aufsieg vom republikanischen Lippenbekenntnis abhängig ist. Sonst wird nichts verlangt. Erstens kein Wissen, sodann und vor allem kein Charakter. Ein Staat, der von solchen Männern getragen und gestützt wird, wird kaum einen Sturm überdauern.

Frankreich und die Reichstagswahlen

(Telegraphische Meldung.)

Paris, 14. März.

Briandille beschäftigt sich in der „Liberte" mit den bevorstehenden deutschen Reichstagswahlen und kommt zu dem Ergebnis, daß Frankreich von den deutschen Wahlen keinerlei Vorteil zu erwarten habe. Sollten die Wahlen erneut die große Weimarer Koalition ans Ruder bringen, so würde Frankreich das Rheinland räumen müssen; und sollte es sich weigern, so würde erneut eine Abschwenkung der Wähler in Deutschland zu den Deutschnationalen erfolgen.

Englische Kolonialpropaganda

(Telegraphische Meldung.)

London, 14. März.

Die „Times" hat heute eine Sondernummer für Ostafrika und den Sudan herausgegeben. Auf 32 Zeitungsseiten wird dem Leser die wirtschaftliche Bedeutung des Sudans wie verschiedene Teile der von England unter Annexion Deutsch-Ostafrikas ertrebten Ostafrikanischen Union in Wort und Bild dargestellt. Reiches Landkartenmaterial und zahlreiche Statistiken, vorbildliche Illustrationen von Land und Leuten der verschiedenen Länder zeichnen die Sudan- und Ostafrika-Nummer der „Times" aus. Obwohl der Sudan staatsrechtlich unter englisch-ägyptischer Hoheit steht und das frühere Deutsch-Ostafrika, heute Tanganyika-Gebiet genannt, ein England nur anvertrautes Mandat ist, muß der Leser der Sondernummer doch den Eindruck gewinnen, als ob der Sudan wie das frühere Deutsch-Ostafrika schon völlig im englischen Empire aufgegangen sind. Diesen Eindruck zu erwecken, dürfte wohl der Hauptzweck der „Times"-Sondernummer sein, die an die Hunderttausende von „Times"-Lesern kostenlos geliefert wird.

Die Ozeanflieger überfällig

Seit dem Start nur zweimal gesichtet — Miß Mackay ist mitgeflogen — Flug nach Philadelphia?

(Telegraphische Meldung.)

New York, 14. März.

Der englische Ozeanflieger Hinchcliffe, der unter normalen Umständen heute vormittag Neufundland hätte erreichen müssen, ist nunmehr schon mehrere Stunden überfällig. Nach Berichten aus Neufundland ist das Wetter an der dortigen atlantischen Küste günstig. Von Land aus wird scharfe Ausschau nach dem Flieger gehalten. Eine neufundländische Flotte, die etwa 200 Meilen von der Küste entfernt tätig ist, wurde ebenfalls benachrichtigt, nach dem Flieger auszuschauen.

Das Geheimnis um den Flug

London, 14. März.

Ueber das Ziel des englischen Fliegers Captain Walter Hinchcliffe, der auf seinem Riesen-Stinson-Eindecker „Endeavour" gestern mit einem Passagier an Bord plötzlich in westlicher Richtung davongeflogen und zuletzt von einem Schiffe über dem offenen Ozean gesichtet worden ist, konnte bis jetzt nichts ermittelt werden. Hinchcliffe hat nichts davon verraten, daß er die Absicht habe, einen Ozeanflug zu unternehmen. Die Frau des waghalsigen englischen Piloten dementierte sogar in aller Form die über die Ozeanüberquerungspläne ihres Gatten in die Oeffentlichkeit gedrungenen Nachrichten.

Das Geheimnis, das den Flug Hinchcliffes umgibt, vertiefte sich zunächst noch, da nicht festgestellt werden konnte, wer eigentlich der Passagier ist, der den Flieger begleitet. Während gleich nach dem Start verlautete, daß er einen seiner Freunde, den Hauptmann Gordon Sinclair, mitgenommen habe, hat sich jedoch mittlerweile herausgestellt, daß sich im „Endavour" neben dem Piloten eine Frau befindet, und zwar die in englischen Gesellschaftskreisen als waghalsige Sportdame bekannte Tochter des Großreeders Lord Inchcape, Miß Elsie Mackay, die sich schon seit längerer Zeit mit dem Plane getragen hat, den Hauptmann Hinchcliffe auf einem Fluge zu begleiten.

Miß Mackay war durch ihre Verwandtschaft gewarnt worden, und man setzte alle Hebel in Bewegung, um sie von ihrem Vorhaben abzubringen. Inzwischen haben sich die Eltern der abenteuerlustigen Dame nach Aegypten begeben, und am Montag ist dann Miß Elsie Mackay plötzlich aus dem Schlosse ihres Vaters verschwunden. Die Verwandtschaft befindet sich selbstverständlich in höchster Aufregung. Sie ließ Nachforschungen anstellen, ob sich das Mädchen nicht in der Umgebung Hinchcliffes aufhalte, doch blieben die Ermittlungen ergebnislos. Merkwürdigerweise hat auch auf dem Flugplatz Cranwell, von dem Hinchcliffe aus geflogen ist, kein Mensch gesehen, wer außer Hinckcliffe das Flugzeug bestiegen hat.

Nach dem Start ist das Flugzeug dann über Irland wiederholt gesichtet worden, und zwar über Kilmeadan in der Grafschaft Waterford und später bei schlechtem Wetter an der irischen Westküste in der Höhe des Leuchtturmes Mizen Head in der Grafschaft Cork. In Fliegerkreisen wird angenommen, daß Hinckcliffe versuchen will, nach Philadelphia zu gelangen und der Dampferroute folgen wird.

Die Wetteraussichten

(Telegraphische Meldung.)

London, 14. März.

Zur Zeit des Startes fiel dichter Schnee, und die Sicht war nur sehr mäßig. Zuletzt wurde das Flugzeug von einem Schiff gesehen, das sich etwa 300 Kilometer westlich von der irländischen Küste befand. Die „Endeavour" flog in mäßiger Höhe. Ihre Erkennungszeichen waren kaum festzustellen. Die Wettervoraussagen von der Küste Neufundlands sind im ganzen günstig, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß Hinckcliffe in der Nähe des amerikanischen Festlandes, wenn es ihm gelingt, dorthin zu kommen, auf Stürme stoßen wird.

Ueber 1100 Todesopfer in Kalifornien

Bisher 274 Tote geborgen — Santa Paulo am schwersten heimgesucht — Alle Truppen und verfügbaren Männer zur Hilfeleistung aufgeboten

New York, 14. März.

(Telegraphische Meldung.)

Nach den letzten Meldungen aus Kalifornien sind 274 Tote geborgen; 850 weitere Menschen werden vermißt, so daß sich die Totenzahl noch ganz erheblich erhöhen wird. Das ganze Tal ist eine einzige rauschende Wasserfläche, in der noch immer ein reißender Strom erkennbar ist. Auf 10 Meilen Entfernung ist alles weggespült. Erst taucht die Ruine des elektrischen Kraftwerkes, das 12 Meilen vom Damm entfernt steht, aus den Fluten auf. Die Pfahlbrücke, die 15 Meilen vom Damm entfernt liegt, ist ein einziger Trümmerhaufen. Weite Flächen abseits des Stromes sind mit gelbem Schlamm bedeckt. Man rechnet noch mit 20 Millionen Dollar Schaden. Die Wassermassen sind bis auf 35 Meilen an Los Angeles herangekommen, jedoch sind die Städte Los Angeles und San Fernando durch schmale Hügelketten geschützt. Santa Paulo ist am schwersten heimgesucht, ferner vor allem auch Newhall. Das Bahnbett der Southern Pacific, von der ein Zweig durch das Tal führte, ist vollkommen fortgespült worden.

Ueber die Ursache der Katastrophe ist man sich noch immer nicht im klaren. Ein Erdbeben wird für nicht ganz wahrscheinlich gehalten. Die größte Möglichkeit besitzt die Annahme, daß das Wasser bereits seit Monaten den Damm unterspülte, daß ferner auch Dynamitsprengungen in der Nähe den Damm erschütterten. Seltsamerweise ist der mittlere Teil des Dammes stehen geblieben, während beide Flügel vollkommen herausgedrückt wurden.

Laut Berichten von Augenzeugen wurden bei Beginn der fürchterlichen Katastrophe die vom Unglück betroffenen Menschen durch ein ohrenbetäubendes Getöse geweckt. Sie fühlten den Boden unter den Füßen schwinden, die Häuser über ihnen zusammenbrechen. Dann erst spürten sie die Wucht der Wassermassen, und der Schrecken wurde durch die Dunkelheit noch vermehrt. Die Katastrophe kam so überraschend, daß selbst in den Orten, wo Polizeautos in wilder Hast, laut Signale gebend, durch die Straßen rasten, die Bewohner, bevor sie zur Besinnung kamen, von den Fluten umspült wurden. Die anstürmenden Wogen rissen alles mit sich fort.

Alle Truppen und verfügbaren Männer sind zur Hilfeleistung in den bedrohten Gebieten aufgeboten worden. Die „Southern Pacific Railroad" stellte ihren Dienst auf allen Strecken Südkaliforniens ein, da sie damit rechnet, daß die Pfahlwerke der meisten Brücken von den Fluten unterwühlt worden.

Die Bergrutschkatastrophe in Santos

(Telegraphische Meldung.)

New York, 14. März.

Die brasilianischen Behörden beabsichtigen, um die Gefahr weiterer Erdrutsche vorzubeugen, durch Dynamitsprengungen künstlich die hängenden gefährlichen Bergteile zum Stürzen zu bringen.

Feuilleton

Halle, 15. März.

So und so, so geht der Wind

Komödie von Fritz Knöller.

Uraufführung im Schauspielhaus München.

München, 14. März.

Ibsens Dramen werden heutzutage, weil sie nach Meinung der Heutigen zu tendenziös sind, gerne zum alten Eisen geworfen, d. h. nur noch ab und zu als Lückenbüßer des verarmten Repertoires wieder aus der Rumpelkammer „überholter" Bühnenstücke hervorgezogen. Eine glückliche Zeit aber, die noch Tendenzen ihr Eigen nennen konnte, die noch Wegweiser und damit Zielpunkte aufstellte, wenn diese Zielpunkte auch unserem modernen Geschmack nicht mehr recht entsprechen wollen. Nun die Reiseliebhaberei wechselt ja mit der Zeit, wenn nur die nötige Wanderlust vorhanden ist. Aber eine Zeit, die keinen menschlichen Reisezielpunkt kennt, ist voll armer irdischer Gebrechlichkeit, weil ihr Erkenntnis der ewigen Transcendenz ermangelt. Sie dürfte also eigentlich sich niemals ermessen, die tendenziöse Anmachung früherer Jahrzehnte zu belächeln oder gar „abzulehnen".

Fritz Knöllers Komödie gehört zu dieser Art tendenzloser Bühnenstücke ohne Halt und Besinnung. Schon der Titel will nicht recht zum mageren Inhalt passen. Statt Komödie eher Satire, aber keine herzhaft erfrischende, sondern eine beißende, die an Stelle der verächtlich gemachten Objekte keine neuen Werte setzt. Das Ironisieren über die spießbürgerliche Welt tut's allein nämlich nicht, davon abgesehen, daß der große Wert des sog. Spießbürgertums (trotz seiner Schattenseiten) von Knöller überhaupt nicht betont wird. Mit alldem ließe noch mit sich reden, wenn ein Lichtblick, ein mattes Schimmern von einem Mehr als Ausklalent ab und zu Gewißheit gäbe, daß hier Jugend am Werke ist, Jugend, die sich noch zum reifen Idea durchringen wird. Aber gerade bei den wirklich begabten (um das zum Alltagswort gewordene „genial" nicht gebrauchen zu müssen) Bühnendichtern findet man in der Jugend eine Ueberspitzung der Tendenzen, ein Ueberschäumen an Kraft und ein Hingerissensein von dem großen Endziel der Weltanschauung, des Weltgetriebes, das im wahrsten Sinn des Wortes „angeschaut", durchdrungen und durchdacht wird. Nichts von all dem! Egon Fridell hat einmal lakonisch zu der Frage „Was ist kitsch?" bemerkt: „Kitsch ist, was man sich kaufen muß, Nichtkitsch ist, wovon man ein Rezensionsexemplar bekommt." Traurigste Wahrheit ist hinter der Laune dieses köstlichen Ausspruchs verborgen. Bühnen des gepflegten Rufs, wie die Kammerspiele in München, müssen Stücke, die offenkundig zu der Kategorie Kitsch zählen, Publikumsergötzung wegen auftischen, um das leere Kassenfäckel wieder füllen zu können. Selbst die meisterliche Regie Falckenbergs konnte nichts mehr retten, weil eben nichts mehr zu retten war, weil das Haus schon eingestürzt war, ehe man nach der Feuerwehr rief.

Otto Kampers.

Von deutschen Hochschulen

Erlangen.

Der ordentliche Professor der allgemeinen Pathologie und pathologischen Anatomie an der Universität Erlangen, Geheimer Rat Dr. med. et. phil. Gustav Hauser ist auf sein Ansuchen vom 1. Oktober 1928 ab von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen unter Anerkennung seiner langjährigen vorzüglichen Dienstleistung befreit worden. Der bekannte Pathologe ist 1856 zu Nördlingen geboren, studierte in Erlangen und Leipzig, wobei er namentlich in den ersten Semestern mit besonderer Vorliebe Vorlesungen über Zoologie und vergleichende Anatomie hörte. 1887 promovierte er zum Dr. phil., zwei Jahre später zum Dr. med., wurde Assistent am Erlanger pathologischen Institut unter von Zenker und habilitierte sich 1893 in Erlangen für pathologische Anatomie. Nach schwerer Erkrankung seines Lehrers wurde er von Wintersemester 1893/94 ab mit dessen Vertretung betraut, erhielt 1894 die Ernennung zum Extraordinarius und im Jahr später zum Ordinarius und Direktor des Erlanger pathologischen Instituts. 1907/08 stand Hauser als Prorektor an der Spitze der Erlanger Hochschule. Seine zahlreichen Arbeiten betreffen besonders den Krebs und das chronische Magengeschwür, ferner Lungensarkome, Tuberkulose, paradoxe Embolie.

Breslau.

Wir wir hören, ist der Privatdozent für Mathematik an der Universität Breslau, Dr. Guido Hoheisel, zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor daselbst ernannt worden. Dr. Hoheisel erhielt seine Ausbildung in Breslau und Berlin besonders bei Schmidt und Knefer. Er veröffentlichte eine Reihe von Arbeiten u. a. über Differentialgleichungen.

Wien.

Drei neue Privatdozenten wurden in der medizinischen Fakultät der Universität Wien zugelassen: Dr. Adolf Winkelbauer für das Fach der Chirurgie, Dr. Arnold Pillat für das Fach der Augenheilkunde und Dr. Franz Kazda für das Fach der Chirurgie.

Wie der brave Soldat Schweijk zum Militär kam

Schaubburg.

Man kann schon lachen über den „amtlich beglaubigten Trottel" Kamerad Schweijk mit dem Minusintelligenzgesicht und der gen Himmel strebenden Marzennase — man muß jedoch nicht. Gewiß hat er das Zeug zu einem Komiker, aber das ganze Drum und Dran seiner Geschichte ist ein großes Lohnwabohu von gesuchten Albernheiten, die durch die drolligen Einfälle eines Pat und Patachon in den Schatten gestellt werden. Wie Kamerad Schnürschuh in die Irrenanstalt gesteckt wird, wie er sich ungewollt unter die Simulanten gesteckt sieht, wie er schließlich, weil er für seinen Leutnant den Hund des Obersten stahl, doch noch an die Front geschickt wird und so in die Weltgeschichte eintritt, das ist gewiß nicht alles recht pfiffig, aber ein wenig auf amerikanische, in diesem Falle tschechische Manier, die Groteske mit Humor verwechselt. Man lacht über Mutterwitz, über Kalauer lächelt man, höchstens.

Der Film „Was Kinder den Eltern verschweigen", der besser „Eltern, geht Acht auf Eure Kinder" betitelt sein müßte, ist — sobald ein Thema akut ist, schießen Aufklärungsschriften, „Vorträge und „Filme wie Pilze aus der Erde! — ein Beitrag zum Kapitel „Jerende Jugend". Doch ist dieser Mahnruf im Film vorher in „Höhere Töchter" schon einmal eindringlicher erklungen. In jenem Film wurde der delikate Vorwurf geschmackvoller und glaubhafter behandelt und entbehrte jeglichen sinnmäßigen Getues, was man leider bei diesem Film nicht behaupten kann. Jedoch muß die Tendenz anerkannt werden, nämlich die ehe Absicht, einmal den Eltern ins Gewissen zu reden: verliert Euch nicht an Euern eigenen Nöten und Sorgen, vergeßt darüber Eure Kinder nicht, die sich nach Verstehen und Liebe sehnen und einzig und allein dadurch gelenkt und herangebildet werden können. Irgend jemand hat einmal sehr weise gesagt: Die Kinder vollenden die Erziehung der Eltern — darin liegt, wie die Beispiele der letzten Zeit beweisen, eine große Wahrheit.

E. Sch.

— **Eine neue Kantate „Eins ist Not".** Von Hans Stieber, Hannover, dem Sohne unseres Mitbürgers, des Direktors und Stadtrates a. D. Paul Stieber, kommt auf dem 10. Deutschen Sängerfest in Wien eine neue Kantate „Eins ist Not" für Doppel-Männerchor, Sopran-Solo, Orgel, 3 Trompeten und Viola d'amour durch den Hannoverschen Männer-Gesangverein, den er leitet, in einem Sonderkonzert zur Uraufführung. Außerdem dirigiert Hans Stieber bei der offiziellen Bannerübergabe in Wien die Chöre des Niedersächsischen und Nordeutschen Bundes, die einen von ihm für diesen Anlaß komponierten Chorvortragen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192803151-11/fragment/page=0002

Über 800 Meßbesucher und mehr als 4000 Kilo Frachten befördert

Rekordverkehr im Flughafen Halle—Leipzig.

Während der Leipziger Messe hat der Flughafen Halle—Leipzig nicht nur den gewohnten starken Verkehr in erhöhtem Maße durchgeführt, sondern außerdem in den Tagen vom 3. bis 13. März 821 Meßbesucher befördert, mehr als 4000 Kilo Frachten.

Um diese Passagierzahl neben dem laufenden Verkehr bewältigen zu können, wurde der Maschinenpark der „Deutschen Luftthansa, A.-G.", auf den betragtesten Strecken während der Messezeit um 24 Groß-Maschinen, darunter die augenblicklich größte Maschine des Landflugverkehrs — Junkers G 31 — verstärkt. Trotz dieses verstärkten Aufgebotes an Flugzeugen waren sämtliche Maschinen sofort ausverkauft, sodaß nur 30 Prozent der angeforderten Plätze zugestellt werden konnten.

Die außergewöhnliche Beförderungsziffer von 821 Fluggästen ist, wie eingangs erwähnt, nur Meßbesuchern, darunter etwa Ausländer. Vornehmlich Spanier, Engländer, Franzosen, Tschechen, Inder und Japaner waren zu gleichen Teilen vertreten. Hierzu wird noch besonders betont, daß der Frachtgangsverkehr und auch Flüge lokaler Natur, d. h. Schul- und Sportflüge, in dieser Ziffer nicht enthalten sind.

Ein 19jähriges Mädchen vom Auto getötet

Die Schuldfrage noch ungeklärt.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag um 3 Uhr an der Straßenkreuzung Moritzzwinger—Herrenstraße. Die 19jährige Anni Stößel, am Ende 1 wohnhaft, wollte auf ihrem Fahrrad die Kreuzung passieren, stürzte aber aus irgend einem Grunde vom Rade. In demselben Augenblick kam ein Personenauto vom Moritzzwinger herangefahren. Der Chauffeur hatte das Mädchen nicht rechtzeitig erkennen und konnte den Wagen nicht mehr zum Stehen bringen. So fuhr die schwere Maschine dem Mädchen direkt über die Brust. Noch auf dem Wege nach dem „Elisabethkrankenhaus" starb die Unglückliche an den erlittenen Verletzungen verstorben. Ob die Schuld an diesem tragischen Unglücksfall trifft, wird die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben.

Die Cöllmer Bluttat nach wie vor im Dunkeln

Die Oeffentlichkeit unnötig beunruhigt.

Am 7. April 1922 ereignete sich, wie auch noch nunmehr beinahe 6 Jahren noch allgemein erinnerlich, auf der Halle—Leipziger Eisenbahn eine ungeheuerliche Mordtat. Banditen drangen in ein Abteil ein und schossen dort drei Passagiere kurzerhand nieder. Die Verbrecher entkamen. Die hohen Staatsanwaltschaft und Polizei aufgeboten, nach den Tätern zu fahnden. Mehrfach schon nahm man Verdächtige fest, doch regelmäßig ergab die Voruntersuchung die Unschuld der Betreffenden. Es wurden auch Anfang Februar dieses Jahres zwei Häftlinge aus Weißenfelser Gefängnisse in den Kreis der Verdächtigen gezogen, da man aus einem Gespräch erlauscht haben wollte, daß der eine der beiden sich als Beteiligter an jener dreifachen Bluttat rühmte. Die Untersuchung wurde mit größter Heimlichkeit, um keine unnötige Erregung in der Bevölkerung hervorzurufen, bei der Staatsanwaltschaft in Halle geführt; die beiden Verdächtigen hatte man dazu in das hallesche Gerichtsgefängnis Gerichtstransportiert. In diesen Tagen nun stellte sich das, was man von vornherein vermutet hatte, heraus, nämlich das gänzliche Unbeteiligtsein der beiden an dem Morde bei Cöllme. Es kann nur bedauert werden, daß trotz aller Bitten der Kriminalpolizei um strengste Diskretion in Halle eine Zeitung nicht unterlassen konnte, die Nachricht von der Aufnahme der Untersuchung seinerzeit in sensationellster Aufmachung ihren Lesern vorzusetzen. Es wurde dadurch nicht nur die von den Behörden angestrebte Beruhigung der Oeffentlichkeit sabotiert, sondern man gefährdete durch diese Sensationshascherei auch die Untersuchungsarbeit der Staatsanwaltschaft selbst. Zusammenfassend kann dazu nur das eine gesagt werden, daß es „zu bedauern ist, wenn durch ein Vorgreifen in aller Oeffentlichkeit eine Unruhe in die Bürgerschaft getragen wird, die unberechtigt erscheint".

— **Fahrräder gestohlen!** Aus der Filiale des „Allgemeinen Konsumvereins" in der Freiimfelder Straße wurden in einer der letzten Nächte 3 Fahrräder gestohlen. Es handelt sich um neue Räder mit der Fabrikmarke G. E. G. Die Diebe drangen nach Einschlagen einer Fensterscheibe in die Geschäftsräume ein.

— **Ein Handkarren verschwunden.** Aus einem Hinterhofe in der Mittelstraße verschwand ein graugestrichener, zweirädriger Lieferwagen, der das Firmenschild einer hiesigen Kettenfirma trug.

— **Gespaltene Nickel-Fünfzigpfennigstücke.** Gewarnt wird vor dem Unbekannten, der neue 50 Pfennigstücke aus Nickel spaltet und als zwei Stücke verausgabt. Er legte die Stücke beim Bezahlen so vor, daß die ausgeprägte Seite nach oben liegt. Der Verausgeber wolle man festnehmen lassen.

— **Das Fernsprechbranchenverzeichnis wird neu bearbeitet.** Das amtlichen Fernsprechbuche beigegebene Branchenverzeichnis wird neu bearbeitet. Die Oberpostdirektion hat mit der Arbeit die „Postreklame" beauftragt, deren Vertreter Schriftbildausweise mit dem Stempel der Oberpostdirektion besitzen. Wenn einzelne Firmen durch Personen aufzusuchen werden, die sich als Werber für das Branchenbuch ausgeben, solche Ausweise aber nicht besitzen, dann ist Vorsicht und Anruf des Fernsprechamtes 21967 geboten.

— **Der letzte Tag für Anmeldungen zur städtischen Müllabfuhr.** Der Andrang freiwilliger Anmeldungen zur städtischen Müllabfuhr ist zurzeit so stark, daß Anmeldungen, die nach dem 15. März bei der städtischen Müllabfuhr eingehen, erst Mitte April berücksichtigt werden können.

— **Am Sonnabend Aufnahmeprüfung für mittlere und höhere Schulen.** Die Prüfung der Kinder, die zur Aufnahme in eine mittlere oder höhere Hallesche Schule angemeldet sind, findet, wie die Städt. Schulverwaltung bekanntgibt, für sämtliche in Betracht kommenden Anstalten am Sonnabend, dem 17. März, vormittags um 9 Uhr statt. Die Kinder haben Schreibmaterial mitzubringen.

— **Abschiedsabend und Operetten-Premiere im Modernen Theater.** Heute verabschiedete sich im modernen Theater Kurt Graf, der bekannte und beliebte bayerische Schriftstellerhumorist, mit Fräulein Gent Mahore. Morgen, am Freitag, aber findet schon wieder eine Erstaufführung statt, die Premiere der amüsanten Schlager-Operette „König Kamfenit". In dieser Operette wirken mit Direktor Jerry Rosen a. G., Iven Andersen mit ihrem Ballet, Cornell Jarrosch und Julius Lärwald.

Die Gefahren für die Rennbahn

In Fachkreisen findet man die Haltung des Magistrats völlig unverständlich

Die von der „Halleschen Zeitung" vor einigen Tagen gemachten Ausführungen über die Gefährdung unserer ganz vorzüglichen Rennbahn haben in weiten Kreisen der Oeffentlichkeit nicht nur in Halle selbst, sondern auch darüber hinaus starken Widerhall gefunden, der uns gegenüber in zahlreichen Zuschriften und sonstigen Protestschreiben gegen das Magistratsprojekt zum Ausdruck gebracht worden ist. Zahlreiche Zeitungen sowohl des In- und Auslandes, die anscheinend die hallesche Rennbahn kennen, haben sich ebenfalls scharf gegen das Projekt des hiesigen Magistrats ausgesprochen und finden es gänzlich unverständlich, wie eine Behörde, der das Wohl und Wehe seiner Einrichtungen am Herzen liegen müßte, einen derartigen Standpunkt einnehmen kann, wie der hallesche Magistrat. Selbstverständlich nehmen auch die einzelnen Sportzeitungen zu der Angelegenheit Stellung, und wir geben hier nachstehend eine Aeußerung der „Sport-Welt", wohl die größte pferderennsportliche Zeitung in Deutschland, wieder:

„Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, plant die Stadt Halle den Bau eines Vorflutkanals, der 120 Meter breit sein und durch die hallesche Rennbahn führen soll. Auch die Regierung hatte zwei ähnliche Projekte bearbeitet, die allerdings die Rennbahn nicht berührten. Die Stadt Halle hat aber ausdrücklich erklärt, daß sie den Vorflutkanal durch dieses Gelände führen will. Wenn das Projekt Tatsache wird, würde die hallesche Rennbahn natürlich verschwinden müssen. Dadurch würde der Rennverein gezwungen sein, seine Rennen in anderen Städten abzuhalten. Das ganze Kanalprojekt dürfte 15 Millionen Mark kosten.

Wie wir unsererseits hinzufügen möchten, gehört die Rennbahn von Halle mit ihren großen und langen Linien, mit ihrer 1200-Meter-Kurve und mit ihren weitgeschwungenen Hindernisse technisch zu den besten Anlagen in ganz Deutschland. Es wäre ein Jammer, wenn das Werk, das der Sächsisch-Thüringische Renn- und Pferdezuchtverein seinerzeit unter Führung von Herrn Dicker geschaffen hat, verschwinden müßte. Eine ähnliche Scholle würde sich in nächster Nähe der Stadt kaum wiederfinden lassen, ebensowenig wären wohl die notwendigen Mittel aufzutreiben. Wir können uns kaum denken, daß die Stadt Halle, die ihr Interesse an den Rennen durch Hergabe eines Geldpreises zu bekunden pflegt, den Rennsport aufs schwerste wird schädigen wollen."

Unnötige Milde gegen einen Raufbold

Er überfällt einen harmlosen Passanten, schlägt ihn zu Boden, ist der Polizei gegenüber widerspenstig und erhält nur 150 Mark Geldstrafe!

Am 2. Oktober des verflossenen Jahres hatte der Landwirt Schr. eine bekannte Dame nach Hause gebracht; vor deren elterlichem Hause in der Lindenstraße wechselte er mit ihr noch einige Abschiedsworte. An demselben Tage — es war ein Sonntag — hatte eine Stahlhelmkundgebung stattgefunden, die wieder in den Köpfen mancher verhetzter Jugendlicher große „Entrüstung" hervorgerufen hatte. Zu denen, die sich so gänzlich unbegründet „provoziert" fühlten, gehörten auch der 21jährige Dreher Johannes Mieth und der 19jährige Arbeiter Kurt Hennicke. Der erstere hat wegen Anrempelnsein Andersgesinnter bereits vier Monate Gefängnis verbüßt; der andere hatte sich schon einmal vor dem Jugendgericht zu verantworten, weil er als rüchtloser Radfahrer ein Menschenleben gefährdet hatte.

Die beiden Raufbolde bemerkten nun, als sie die Lindenstraße entlang gingen, den Landwirt, den sie sogleich als einen Vertreter der „Bourgeoisie" erkannten. Der Dreher Mieth befolgte nun die Lehren seiner Roten Meister prompt und wörtlich, er versetzte dem Ahnungslosen einen derartigen Faustschlag ins Genick, daß jener sofort in die Knie sank. „Wegen eines „Stahlhelmhundes" lasse ich mich noch längst nicht festnehmen!", sagte Mieth dann, sich „mutig" davonmachend.

Der Ueberfallene Arme stand kurz nachher wieder auf und eilte zur „Südwache", einen Schutzpolizeibeamten zu holen. Mit einem Wachtmeister kam er zurück, und sie trafen den Rohling auch wirklich wieder. Als der Beamte nun zur Namensfeststellung schreiten wollte, machte Mieth Ausflüchte. Was blieb anderes übrig, der Beamte mußte zupacken, um den Widerspenstigen mit auf die Wache zu nehmen. Doch nun erhob Mieths Genosse, der jugendliche Hennicke, drohend einen Knüppel, so daß der Beamte loslassen mußte, um sich dem Angreifer entgegenzuwenden, dem er dann rasch den Stock aus der Hand schlug. Er konnte sich indes auch mit ihm nicht weiter einlassen, weil auch Mieth ihm jetzt mit einem Stock zu Leibe ging. Wer weiß, wie die Sache abgelaufen wäre, wenn nicht inzwischen ein zweiter Beamter herbeigeeilt wäre. Jedenfalls kostete es viel Mühe, den Mieth abzuführen. Er hielt sich derart am Geländer fest, daß der Beamte ihm nur dadurch zum Loslassen veranlaßte, indem er ihm auf die Hände klopfte. „Und wenn du mich totschlägst, ich gehe nicht mit!" schrie Mieth den Beamten an. Erst nachdem der Beamte ihn fest am Kragen gepackt hatte, daß ihm die Luft ausging, bequemte sich Mieth zum Mitgehen. Doch noch auf der Wache benahm er sich derart flegelhaft, daß er, während Hennicke seine Personalien angab, eingesperrt werden mußte. Er rief den Beamten noch zu: „Du könnt mit mir machen, was Ihr wollt, bei mir kommt § 51 in Anwendung!"

„Es muß unbedingt dafür gesorgt werden, daß die Straße ein sicherer Weg für jedermann ist," sagte der Staatsanwalt und charakterisierte M. ganz richtig: „Erbärmlich und feige ist es, sich hinter den § 51 zu stecken, anstatt für seine Handlungen einzustehen. Wenn es so weiter geht, können wir noch manches von den beiden erleben." Entgegen dem Antrage des Staatsanwaltes, der beide mit Gefängnis bestraft haben wollte, erkannt das Gericht gegen M. auf eine Geldstrafe von 160 Mark, gegen H. auf 40 Mark. — Fürwahr eine außerordentlich bedrückend niedrige Strafe!

Junge Mädchen in die Hauswirtschaft!

Neue Wege sozialer Fürsorge.

Oeffentliche und freie Wohlfahrtspflege haben in der Nachkriegszeit manchen neuen Weg beschritten, um den in der wirtschaftlichen Existenz, in der Gesundheit und in der Erziehung bedrohten Mitmenschen rechtzeitig und ausgiebig zu helfen und die körperlichen und seelischen Kräfte der Hilfsbedürftigen nicht erschlaffen zu lassen.

In einzelnen Städten pflegt man erwerbslose junge Mädchen, denen eine Berufsausbildung fehlt und deren Körper noch schwächlich ist, Kindererholungsstätten zuzuführen, wo sie unter liebevoller Pflege gesundheitlich gekräftigt wurden, wo sie daneben in froher Arbeit hauswirtschaftlich ausgebildet werden und dadurch ihr späteres berufliches Fortkommen wesentlich erleichtern. Frei von dem Drucke häuslicher Not, lernen sie bis dahin unbekannte Gegenden des deutschen Vaterlandes kennen und sammeln so Schätze fürs Leben. Das ist ein soziales Hilfs- und Rettungswerk, das reiche Früchte tragen wird. Wenn eine amtliche Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene weiterhin eine Anzahl schulentlassener Kriegerwaisen für ein Jahr auf den Heuberg bei Stetten in der Schwäbischen Alb schickt, um in dem dortigen großen Kindererholungsheim neben der körperlichen Ertüchtigung planmäßig Hauskaltungsschulunterricht zu bekommen, so ist das ein weiteres Beispiel für eine aufbauende werteschaffende Fürsorge. Aufwendungen für solche Zwecke helfen das heranwachsende Geschlecht körperlich, geistig und sittlich kräftigen, für eine geeignete Berufsarbeit vorbereiten und damit der Hilfsbedürftigkeit wirksam vorbeugen.

So hat die soziale Not der letzten Jahre die Fürsorge erfinderisch gemacht, zu wertvollen neuen Einrichtungen und Maßnahmen angeregt und damit Werte geschaffen, die nicht so leicht verloren gehen werden.

— **Eine arbeitsreiche Zusammenkunft des Halleschen Pfarrervereins.** Die letzte, gut besuchte Versammlung des „Halleschen Pfarrervereins" im Vereinshause in der Mittelstraße wurde mit gemeinsamem Gesange und Gebet des Vorsitzenden Pastor Magosch, eröffnet. Pastor lic. Dr. Gabriel, Halle (Dom) warb sodann für die „Gesellschaft zur Förderung der theologischen Wissenschaften". Der Vorsitzende machte anschließend Mitteilungen über die Ausschußsitzung des Provinzialvereins, der seine Jahresversammlung in Wernigerode vom 11.—13. Juni abhalten wird mit dem Hauptthema „Schwierigkeit und Herrlichkeit des evang.-lischen Pfarramtes", ferner über die Besoldungsregelung, die Verhandlungen mit dem Vorsitzenden und Geschäftsführer des Provinziallandbundes, Freiherrn v. Wilmowski und Dr. Burkhardt, über die Sonnabendvereinstaltungen und Nichtbeteiligung der Geistlichen dieses, über die Kalendervorlage und ähnliches mehr. Pastor Schröder legte die Jahresrechnung vor und erhielt Entlastung. Er sprach sodann über die Bruderhilfe, Kinderbeihilfe, Pfarrtöchterfürsorge und Erziehungsbeihilfen. Sodann hielt Pastor Hoppe einen Vortrag über das neue „Spruchbuch der Provinz Sachsen". Ausgehend von dem Erlaß des Kultusministers und der Verfügung der Regierung in Merseburg betreffend Einführung und Gebrauch des Spruchbuches in den Schulen, hob der Redner die Vorzüge und Schattenseiten des Buches hervor. Eine Aussprache über den inhaltreichen Vortrag mußte verschoben werden.

Wohin gehe ich heute?

Stadttheater: „No, no, Nanette" (8).

Deutsche Volksbühne (Gesellschaftshaus): „Stadt und Land" (8).

C. T. am Riebeckplatz: „Ich hatte einst ein schönes Vaterland" (4, 6.10, 8.15).

C. T. Große Ulrichstraße: „Der König der Mittelstürmer" (4, 6.10, 8.15).

Ufa Alte Promenade: „Zirkus mit Chaplin (4, 6.15, 8.25).

Ufa Leipziger Straße: „Zirkus" mit Chaplin (4, 6.15, 8.25).

Schauburg: „Wie der brave Soldat Schwejk zum Militär kam" (4, 6.30, 8.30).

Modernes Theater: Sensationsgastspiel Iven Andersen (8).

Rakete: Das fabelhafte Kabarett-Programm (8).

Rochs Künstlerspiele: Das glänzende März-Programm (8).

Haus Dietrich-Kasino: Die großstädtische Herse-Band.

Industrie und Handel

Heraufsetzung des Privatdiskonts. Mit Rücksicht auf die Marktlage wurde heute am Berliner offenen Geldmarkt der Privatdiskontsatz von 6% auf 6½ Prozent erhöht.

Preußische Braunkohlen 15 Prozent Dividende. In der heutigen Bilanzsitzung des Aufsichtsrats der Preußischen Braunkohlen A.-G., Meuselwitz i. Th., wurde beschlossen, der am 4. April 1928 stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 15 Prozent wie im Vorjahre vorzuschlagen.

Weitere Diskontherabsetzung der Bank von Italien. In italienischen Finanzkreisen erwartet man, daß der Diskont der Bank von Italien, der erst vor wenigen Tagen auf 6½ Prozent herabgesetzt wurde, innerhalb weniger Wochen noch um ein weiteres halbes Prozent gesenkt wird.

Reichsbank 12 Prozent Dividende. Die Verwaltung schlägt 12 Prozent, gegen 10 Prozent i. V., Dividende vor.

Eine hohe Aufwertung. Von den Lebensversicherungs-Gesellschaften, die bisher ihren Teilungsplan für die Aufwertung ihrer alten Markversicherungen veröffentlicht haben, sind Aufwertungssätze von 12½ bis 16⅔ Prozent bekanntgegeben worden. Der Aufwertungssatz der Leipziger Lebensversicherung wird erheblich mehr, wahrscheinlich 18—20 Prozent, betragen. Da aber der Aufwertungssatz für den 13. Februar 1924 berechnet werden muß und sich die aufgewerteten Beträge noch um die Zinsen erhöhen, werden die Versicherten noch mehr erhalten, als den Aufwertungssatz entspricht. Mit diesem außerordentlich guten Ergebnis dürfte die Leipziger Lebensversicherung bei ihrem großen Vorkriegsbestande einzig dastehen.

Frankfurter Abendbörse

Frankfurt, 14. März. Die Abendbörse verkehrte in sehr stiller Haltung. Die Stimmung blieb jedoch im allgemeinen freundlich. Die Spekulation nahm einige kleine Deckungskäufe vor, während von außenher kaum Orders vorgelegen haben dürften. Gegen den Berliner Schluß konnten sich zumeist kleine Kursbesserungen durchsetzen, die aber nur selten über 1 Prozent hinausgingen. Im Freiverkehr nannte man Glanzstoff mit 697 Prozent und Bemberg mit 517 Prozent, Farbenbonds 134 Prozent und Bezüge 9,02½—9,05 Prozent gehandelt. Renten lagen weiter ruhig. Nur Außenwerte wurden etwas leichter verlangt. Im Verkehre blieb die Tendenz freundlich. Eine Belebung des Geschäftes trat jedoch nicht ein.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Redaktionelle Leitung: Harry Erwin Weinkauff.
Verantwortlich für Politik Oskar Friedrich; für lokales Feuilleton und Unterhaltung: Harry Erwin Weinkauff; für Volkswirtschaft: Dr. oec. publ. Leonhard Frischling; für Sport und den allgemeinen Teil: Gustav A. Dieting; für den Provinzteil: Dr. phil Rudolf Schroth. Für den Anzeigenteil: Paul Krause; sämtlich in Halle — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr. Übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred B. Ramsel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192803151-11/fragment/page=0003

Provinz Sachsen u. Nachbargebiete

Neue Verkehrsstraßenpläne in Thüringen

Durchgangsverbindung zwischen sächsischem und thüringischem Industriegebiet

pp. **Gera**, 14. März. In der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses der Landesplanungsstelle für Ostthüringen wurden verschiedene neue Verkehrsstraßenpläne erörtert. Die Entwicklung des Verkehrs erfordert neue und vor allem Gefahrenpunkte für Verkehr und Bevölkerung ausschaltende Verkehrswege und günstige Verkehrsverbindungen durch Fernstraßen zwischen bedeutsamen Industriegebieten, an die wiederum Ueberleitungsstraßen aus kleineren Industriekreisen heranführen. Es wünscht die Stadt Chemnitz als Zentrum der sächsischen Industrie eine Fernstraße mit dem Hauptindustriegebiete in Thüringen, den Leunawerken. Diese Verbindung soll von Chemnitz über Glauchau, Meerane, Crimmitschau, Schmölln, Ronneburg, Gera nach Westen führen. In Schmölln ist eine Abzweigung über Ronneburg, Zeitz, Weißenfels — Leunawerke geplant. Das Land Sachsen legt auf die Durchführung dieses Planes großen Wert und die betroffenen städtischen und staatlichen Baubehörden Thüringens erkannten die Forderung als durchaus berechtigt an. Zu dem Fernstraßenplane von Norddeutschland nach Bayern über Leipzig wurde betont, daß bei dessen Verwirklichung die Städte Altenburg und Schmölln wohl umgangen werden müßten, weil ihre Anlage große Schwierigkeiten für einen Durchgangsverkehr großen Ausmaßes in sich schließe, daß aber bei Göhnitz eine Umgehung unmöglich sei, und daß hier wegen der unzureichenden Straßenverhältnisse weitgehende Eingriffe in den Bebauungsplan unumgänglich seien. Zur Schaffung besserer Verkehrsverhältnisse im Landkreise Altenburg regte dessen Vertreter in Rücksicht auf die engen wirtschaftlichen Beziehungen dieses Kreises zu Gera an, die Straße Altenburg—Hartha (bei Großörennshain) bis Gera durchzuführen.

Bauernnot im Kreise Querfurt

Carsdorf, 14. März. Vor kurzem waren im Gasthof „Zur Unstrutbahn" die Vertrauensmänner des Landbundes des Kreises Querfurt versammelt. Nach einem Hinweis auf die allerorts stattgehabten Kundgebungen der Landwirte wurde hervorgehoben, daß zwar bisher der Kreis Querfurt noch derjenige Kreis sei, in welchem die Not noch nicht so fühlbar gewesen ist. Das sei aber heute nicht mehr der Fall; denn zahlreiche Fälle von Bankrotterklärungen liegen vor, die die Not der Landwirtschaft auch in unserm Kreise kennzeichneten.

Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, die dahin abzielte, Erleichterungen für die Landwirtschaft höheren Orts vorzuschlagen. Besonders betont wurde, daß auch der Reichsverband der Industrie zur Notlage der Landwirtschaft Stellung genommen und anerkennenswerteweise zum Ausdruck gebracht habe, daß hier etwas geschehen müsse. Hinsichtlich der kommenden Wahlen wurde einstimmig beschlossen, keine besondere Landbundliste anzustreben. Einen breiten Raum der Aussprache nahm die Führung der Starkstromleitung Großkayna — Oberröblingen und Kulkwitz — Reinsdorf ein. Der Landbund soll für die Eigentümer der in Frage kommenden Grundstücke die Verhandlungen mit den zuständigen Stellen führen. Mit einem Aufruf zur Einigkeit schloß die eindrucksvolle Kundgebung.

Ein reisender Kurpfuscher

Eisleben, 14. März. In letzter Zeit ist hier ein Mann aufgetreten, der von Haus zu Haus ging und sich den angesprochenen Personen zur Behandlung ihrer Krankheiten anbot. Er gab an, in Dresden ein Sanatorium zu besitzen und drängte seinen Opfern einen mitgeführten Tee zum Preise von 5—9 Mark auf. Vor dem Schwindler wird gewarnt.

Dom Zuge zerstückelt

Nordhausen, 14. März. Auf der Strecke Nordhausen—Kassel in der Nähe von Wülfingerode ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Der Bauinspektor Peter Seeger, der mit einem Streckenfahrrad auf der Fahrt von seiner Wohnung nach der Station Sollstedt unterwegs war, wurde vom Kasseler D-Zug erfaßt und furchtbar zerstückelt. Die Leichenteile mußten auf der Strecke von 500 Metern zusammengesucht werden. Wie man annimmt, ist das Unglück dadurch geschehen, daß der Schnellzug etwas Verspätung hatte, der Getötete dagegen annahm, der Zug habe die Strecke schon passiert. Eine Kurve machte zudem die Uebersicht unmöglich.

Annahme des Nordhäuser Sieben-Millionen-Etats

Nordhausen, 14. März. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Sieben-Millionen-Etat mit 30 gegen 4 Stimmen der Kommunisten angenommen. Die kommunalen Zuschläge wurden für die Grund-Vermögenssteuer auf 200 Prozent, für die Gewerbe-Ertragssteuer auf 430 Prozent und für die Gewerbe-Kapitalsteuer auf 500 Prozent festgesetzt.

Disziplinarverfahren gegen den Güstener Bürgermeister

Güsten, 14. März. In der Stadtverordneten-Sitzung wurde einstimmig beschlossen, die Aufsichtsbehörde zu ersuchen, ein Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister einzuleiten und ihn vom Amte zu suspendieren bzw. ohne Pension zu entlassen. Die Gehaltsregelung des Bürgermeisters wurde wiederum vertagt.

Die Werkspionage bei den Solvay-Werken

Bernburg, 14. März. Die Verdachtsmomente gegen den Laboranten Meyer haben sich bei der Vernehmung durch den Untersuchungsrichter als so stark erwiesen, daß der Untersuchungsrichter den Haftbefehl aussprach. Meyer hat hiergegen mündlichen Termin vor dem Amtsgericht beantragt.

Ein Raub, der nicht gemeldet wurde

Magdeburg, 14. März. Ein Strafgefangener im Strafgefängnis in Wolfenbüttel hat einem anderen Gefangenen erzählt, daß er im Jahre 1926 einen Raub in einem Juweliergeschäft in Magdeburg unter Bedrohung mit einem Revolver ausgeführt habe. Bemerkenswert ist, daß der Magdeburger Kriminalpolizei ein derartiger Fall nicht gemeldet worden ist.

50 Jahre Geraer Museum

Gera, 14. März. Am 15. März feiert das Geraer städtische Museum sein 50jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß soll eine Jubiläumsstiftung ins Leben gerufen werden, deren Sammelergebnis zum Ausbau und zur Anschaffung von Wertstücken dienen soll.

Eine „Mitteldeutsche Segelfliegerschule"

Jena, 14. März. Im Hinblick auf die Erfolge der Jenaer Jungfliegergruppe ist hier die Einrichtung einer „Mitteldeutschen Segelfliegerschule" geplant. Die Einweihung soll zu Ostern in Cospeda erfolgen, wo auch gleichzeitig das neue Segelflugzeug „Jena I" getauft wird.

Trebnitz (Saale), 14. März. (Sturz von der Tenne.) Arbeiter des hiesigen Rittergutes fanden auf der Tenne der Scheune eine Dienstmagd, die vom Oberboden abgestürzt war. Dabei war ihr der Stiel einer dort stehenden Gabel in den Leib gedrungen und hatte das Mädchen schwer verletzt.

Löbejün, 14. März. (Orgelweihe.) Die kirchlichen Körperschaften in Löbejün hatten sich entschlossen, die fast gänzlich unbrauchbar gewordene alte Kirchenorgel durch eine neue zu ersetzen. Die rühmlichst bekannte Orgelbaufabrik Rüdlmann in Zörbig hat diese geliefert. Jetzt fand die Einweihung der neuen Orgel statt. Pfarrer Müller hatte die Feier umsichtig vorbereitet. Die festlich geschmückte Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die kirchliche Vertretung beteiligte sich vollzählig und geschlossen an der Feier. Bei Glockengeläute zog sie unter Führung des Superintendenten der Ephorie, Geh. Konf.-Rats Bock, und der Pfarrer Müller, Halle und Heergesselle zur Kirche. Nach gemeinsamem Gesang weihte Geheimrat Bock die neue Orgel. Danach ließ Studienrat Rebling aus Halle das neue Werk von der zartesten bis zur gewaltigsten Weise erklingen und bewegte damit auf das freudigste die Herzen der Gemeinden. Die Festpredigt hielt Pfarrer Müller. Nach der Schlußliturgie eröffnete Studienrat Rebling die Gemeinde noch mit der Vorführung einer Bachschen Fuge, in der sich seine ganze bewunderswerte Kunst auf der Orgel, wie wir sie von Halle her kennen, die Schönheit der Bachschen Fuge, die uns auf hingebenden Genuß und frohe Spannung zugleich stimmt, und die Vorzüglichkeit des neuen Orgelwerkes, das die Gemeinde hinfort mit zu inniger Andetung führen soll, zeigte. — Nach der kirchlichen Feier versammelten sich die Festteilnehmer im Gasthause Hennig, wobei Pfarrer Müller allen an der Feier Beteiligten, herzlichst dankte, Geheimrat Bock allen von den wohlwollenden Mitgliedern der Kirchenvertretung an bis zu den leistungsfreudigen Meistern und Gehilfen die gebührende Anerkennung zollte.

S. **Brehna**, 14. März. (Stadtverordnetensitzung.) In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde über die Besoldungsreglung der städtischen Beamten beraten. Die vom Magistrat eingebrachte Vorlage fand mit Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Wirtschaftlichen Vereinigung zugunsten einiger Beamten, gegen die Stimmen der Linken die Zustimmung der Versammlung. Ein Antrag der Linken auf eine weitere Erhöhung der Entschädigung für Nachtwächter und städtische Arbeiter, für welche bereits ab 1. Oktober 1927 eine Zulage von 25 Prozent beschlossen worden war, wurde dem Magistrat überwiesen.

Laucha (Unstrut), 14. März (Vermißt) wird seit Sonntag der Bäckerlehrling Hans Kunze. Nachforschungen nach seinem Aufenthalt waren bis jetzt ergebnislos.

— **Bergen**, 14. März. (Baumfrevel.) In den hiesigen Obstplantagen wurden von einer ganzen Reihe junger Bäume die Kronen abgebrochen. Für die Ermittelung der Täter wurden 200 Mark Belohnung ausgesetzt.

Berga a. Kyffh., 14. März. (Der Theaterabend des Turnvereins Vater Jahn D.T.) wurde zu einem vollen Erfolg. Der Verein erbrachte damit den Beweis, daß er nicht nur auf rein turnerischem Gebiete seinen Mann steht, sondern auch bestrebt ist, seinen Getreuen beste Unterhaltung zu bieten.

— **Heldrungen**, 14. März. (Pfarrereinführung.) Am kommenden Sonntag wird in unser Gemeinde Superintendent Kieserling durch Generalsuperintendent Meyer in sein Amt eingeführt werden.

— **Ufrungen**, 14. März. (Denkmalsschänder.) Von der Turnerschaft unserer Heimat war dem verdienstvollen Förderer des heimischen Turnwesens, dem verstorbenen Rektor Magnus-Stolberg, am Eingang des Dorfes ein Gedenkstein mit seinem Bildnis errichtet. Jetzt haben Frevler die Bildplakette an zwei Stellen zertrümmert. Hoffentlich können die Täter ermittelt und zur Anzeige gebracht werden.

Neuhaldensleben, 14. März. (Todessturz von der Treppe.) Im früheren Hauptgebäude stürzte der Bergmann Otto Zippel, wahrscheinlich durch zu weites Vorbeugen über das nur 90 Zentimeter hohe Treppengeländer in den Lichthof hinab, wo er mit gebrochenem Genick und zerschmettertem Schädel tot liegen blieb.

Jena, 14. März. (Sonderlehrgang für Kommunalbeamte.) Die Thüringer Verwaltungsakademie Jena veranstaltet in der Zeit vom 29. bis 31. März in Jena ihren ersten Sonderlehrgang für Kommunalbeamte, der auch in den Nachbarstaaten bereits starkem Interesse begegnet.

S.-Eisenach, 14. März. (60jähr. Dienstjubiläum des Generals v. Goßler.) Der im 80 Lebensjahr stehende General der Infanterie Konrad von Goßler, der nach dem Weltkrieg nach Eisenach übersiedelte, beging in erfreulicher Frische und Rüstigkeit sein 60jähriges Dienstjubiläum.

Schwarze Elster und Westharz-Talsperren

Die Vorlagen vor dem Hauptausschuß des Landtages — Die Bildung der Elstergenossenschaft — Ausbau der Harz-Talsperren

Der Hauptausschuß des preußischen Landtages nahm den Gesetzentwurf über die Bildung einer Elstergenossenschaft an. Nach dem Entwurf wird im Niederschlagsgebiet der Schwarzen Elster von der Landesgrenze des Freistaates mit dem Namen „Elstergenossenschaft" gebildet. Im wesentlichen die Vorschläge des Ausschusses Annahme. Geändert wurde das Verhältnis bei der Lastenverteilung. Annahme fand auch ein Entschließungsantrag des Abgeordneten Hecker (Dntl.), der das Staatsministerium ersucht, mit der Regierung des Freistaates Sachsen Verhandlungen über die Ausdehnung der Tätigkeit der Elstergenossenschaft auf die in Betracht kommenden Niederschlagsgebiete des Freistaates Sachsen anzubahnen.

Ueber die vom Hauptausschuß am Gesetzentwurf über die Regulierung der Schwarzen Elster vorgenommenen Aenderungen wird uns aus Berlin gemeldet:

§ 13 Abs. 3 wurde dahin geändert, daß die Genossen der Gruppe B zusammen nicht mehr als 40 Prozent sämtlicher Stimmen führen dürfen, während der Regierungsvorschlag auf 46 Prozent lautete.

Zum § 18, der sich mit den Räumungskosten befaßt, wurde bei Abs. 2 eine Aenderung dahingehend angenommen, daß die Kosten für die erstmalige Räumung nicht von der Gruppe A mit 15 Prozent und von der Gruppe B zu 85 Prozent getragen werden sollen, wie im Entwurf vorgeschlagen wurde, sondern daß sie von der Gruppe B allein getragen werden.

Der Absatz 3 wurde dahin geändert, daß die Kosten für die weiteren Räumungen der Wasserläufe von der Gruppe A zu 10 Prozent und von der Gruppe B zu 90 Proz. zu tragen sind. Das gleiche Verhältnis von 10 zu 90 wurde festgesetzt für die Verwaltungskosten der Genossenschaft (Abs. 7). Außerdem wurde unter Streichung des zweiten Satzes des Abs. 3 bei § 18 eine Bestimmung aufgenommen, die besagt:

„Erfährt der Grad der Verschmutzung gegenüber dem im ersten Jahre festgestellten eine Aenderung, so ändert sich nach dem von dem Ausschuß vorgeschlagenen und von der Aufsichtsbehörde endgültig festgestellten Maßstab der Anteil der Gruppe B im Verhältnis der Ab- und Zunahme der Verschmutzung der Wasserlaufstrecke."

Zu den Uebergangsbestimmungen wurde im § 42 Abs. 2 die Verteilung der Zahl der ersten Mitgliederversammlung, die aus 200 stimmberechtigten Genossen bestehen soll, in folgender Weise in Abänderung der Regierungsvorlage festgesetzt:

Es entfallen:

Auf Gruppe A (die sechs Landkreise Schweinitz, Liebenwerda, Luckau, Calau, Spremberg und Hoyerswerda) sechs Stimmen wie bisher.

Gruppe B (Elsterregulierungsverband) 62 Stimmen, nicht 55.

Gruppe C (die sonstigen Wassergenossenschaften, Deichverbände und ähnlichen Verbände) 15 Stimmen, nicht 14.

Gruppe D (die Gemeinden und Gutsbezirke an der Schwarzen Elster oberhalb des Elsterregulierungsverbandes) 7 Stimmen nicht 6.

Gruppe E (die Gemeinden und Gutsbezirke an den Schwarzen Elster unterhalb des Elsterregulierungsverbandes) 18 Stimmen, nicht 16.

Gruppe F (die Gemeinden und Gutsbezirke an den Nebenflüssen der Schwarzen Elster) 12 Stimmen, nicht 11.

Gruppe G (die Bergwerke) 60 Stimmen, nicht 69.

Gruppe H (die sonstigen gewerblichen Unternehmungen) 80 Stimmen, nicht 9.

Gruppe I (Gemeinden und Gutsbezirke) 12 Stimmen, nicht 14.

*

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages beschäftigte sich mit der Vorlage über die Westharztalsperren. Ministerialdirektor Articus erklärte, daß sich hier um den Anfang des Ausbaus der Wasserkräfte des Harzes handele. Erfreulicherweise habe das Reich darauf verzichtet, den Mittellandkanal aus den Harzgewässern zu speisen. Die Quellengebiete in den Gebirgen müßten unter allen Umständen für die Trinkwasserversorgung reserviert werden. Die Notwendigkeit dazu habe sich bei den Typhusepidemien, insbesondere im Leinetal, wiederholt gezeigt. Die in der Vorlage noch nicht vorgesehenen Flüsse, insbesondere die Sieber und Bode, sollten folgen.

Der Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärte, er sehe es als eine besondere Aufgabe an, das ganze Gebiet, das hier in Frage komme, daraufhin untersuchen zu lassen, welche Schäden durch Sperren behoben werden könnten. Zum 1. April werde in Göttingen eine besondere Kulturbauanstalt eingerichtet werden, die die erforderlichen Untersuchungen im Leine-Gebiet und auf dem Eichsfelde vornehmen solle. Für die Regelung der Innerste unterhalb Hildesheim liege bereits ein fertiges Projekt vor. Die Vorlage wurde dann vom Ausschuß angenommen.

Merseburg

Beratung der Haushaltspläne — Wohnungsbaudebatte

Die letzte Stadtverordnetensitzung beschäftigte sich hauptsächlich mit den Wohnungsverhältnissen in Merseburg. Der Grund hierzu wurde durch einen Antrag des Stadtv. Kaempf: nungsbau in den Haushaltsplan eingesetzt haben wollen, nungsbau in den Haushaltsplan eingesetzt haben wollen. Nach nahezu zweistündiger Debatte wurde sodann ein Antrag der K. P. D. angenommen, der einen Finanzierungsplan für den Bau von 100 Kleinwohnungen, vom Magistrat fordert. Die Mittel sollen auf dem Anleihewege beschafft werden.

Stadtv.-Vorsteher Koenen eröffnet um 6 Uhr die Sitzung mit einer Mitteilung, daß der Magistrat die Einstellung einer neuen Lehrkraft zugestimmt habe, und zwar für 1929. — Nach der Verständigung zwischen Kreis und Stadt berichtete Stadtverordnetenvorsteher Koenen; die Zusage des Magistrats an den Kreisausschuß, über die wir schon berichteten, fand einstimmige Genehmigung. — Die Mitglieder und stellv. Mitglieder im Gemeindesteuerausschuß wurden wiedergewählt. Als Schiedsmann für den 2. städt. Bezirk wurde Katasterserk. i. R. Emil Herr, Marienstraße, gewählt. — Das Höfesche Vermächtnis in Höhe von 3000 Mark wurde angenommen und soll als Wohlfahrtszuschüsse Verwendung finden. —

Oberbürgermeister Hertzog gab sodann einen kurzen Bericht über den neuen Haushaltsplan, der unter außerordentlich schwierigen Verhältnissen habe aufgestellt werden müssen. Eine Steuersenkung kann nicht erfolgen, und nur durch die größte Sparsamkeit war es möglich, den Haushaltsplan ohne Steuererhöhung aufzustellen. — Die Abt. Spar- und Ortsgirokasse schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 95 000 Mark ab und weist eine Mehreinnahme und Mehrausgabe von 31 000 Mark auf. — Der Etat des Krankenhauses zeigt in Einnahme und Ausgabe 301 500 Mk., das ist ein Mehr von 66 050 Mark gegenüber dem Vorjahre. — Der Haushaltsplan der Bauverwaltung erfordert einen Zuschuß von 254 000 Mark. Die Einnahmen betragen 275 000 Mark, denen eine Ausgabe von 529 000 Mark gegenübersteht. — Hierauf wurde der Etat der Bauverwaltung angenommen, obgleich er sehr wenig Aenderungen in den schlechten Straßenverhältnissen unserer Stadt bringt. — Der Etat des Nahrungsmittelunterschungsamtes schließt in Einnahme und Ausgabe mit 28 500 Mark ab. — Die Schlachthofverwaltung erfordert ein Mehr von 17 000 Mark gegenüber dem Vorjahr und schließt mit 128 000 Mark ab. — Stiftungen und Vermächtnisse stehen mit 4 500 Mark in Einnahme und Ausgabe fest. — Der Bergerische Stipendienfonds weist in Einnahme und Ausgabe 2 650 RM. auf. — Die Feuerwehr braucht zu Anschaffungszwecken einen Zuschuß von 17 000 Mark, einer Einnahme von 500 Mark steht eine Ausgabe von 17 500 RM. gegenüber. Der Etat fand einstimmig Annahme.

Eine geheime Sitzung schloß sich an.

Aschersleben

* **Jahreshauptversammlung der Deutschnationalen Volkspartei.** Gestern abend fand im Bahnhofshotel die Jahreshauptversammlung der hiesigen Ortsgruppe der deutschnationalen Volkspartei statt.

* **Werbeabend des Königin-Luise-Bundes.** Kürzlich hatte sich der Königin-Luise-Bund im Kaiserhof zu einem Werbeabend zusammengefunden. Die Rednerin des Abends, Frau von Gärtner aus Ilfeld, knüpfte an einige Aussprüche der Königin Luise an, die sie ihren jugendlichen Hörerinnen tief ins Herz einzuprägen wußte. — Die weitere Vortragsfolge brachte eini entzückende Theaterstückchen, das „Preußens schönste Königin" in aller Frohsinnslust der Jugend und unter der Last von 1806/07 zeigte. Außerdem wurden auch einige Tanzaufführungen geboten. Den musikalischen Teil hatte die Stahlhelmkapelle übernommen.

* **11. Unterharzer Bundesschießen.** Das 11. Bundesschießen des Unterharzer Schützenbundes findet vom 17.—19. Juni in Ried er statt. Der Vorstand hat zum 22. März zu einer Frühjahrs-Delegiertenversammlung in das dortige Schützenhaus eingeladen. Es soll bei dieser Gelegenheit auch über die Aufnahme weiterer Gilden in den Bund verhandelt werden. Von den hiesigen Gilden gehören die Schützenkorporation „Rokania" und die „Bürgerschützenkorporation von 1888" dem Unterharzer Schützenbunde an.

* **Die Einetalbahn.** Wie wir seinerzeit berichteten, mußte die Konferenz der an dem Einetalbahnbau interessierten Gemeinden wegen Erkrankung des Herrn Landesbaurats Sell ausfallen. Es ist jetzt auf den 5. April ein neuer Termin angesetzt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192803151-11/fragment/page=0004